Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und die Invalidenversicherung (EG z AHVG/IVG) ¹⁾

Gestützt auf die Übergangsbestimmungen zu der Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung vom 22. März 1991

vom Volke angenommen am 28. November 1993 ²⁾

I. Kantonale Sozialversicherungsanstalt

Art. 1

Die Sozialversicherungsanstalt des Kantons Graubünden (SVAG) ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit und Sitz im Chur. Name und Sitz

Art. 2

¹⁾ Die Sozialversicherungsanstalt koordiniert die Arbeiten der kantonalen Ausgleichskasse im Rahmen des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie der kantonalen IV-Stelle im Rahmen des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung ³⁾ und stellt ihnen die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Dienste zur Verfügung. Aufgaben

²⁾ Die Ausgleichskasse des Kantons Graubünden und die IV-Stelle des Kantons Graubünden vollziehen ihre Aufgaben als Versicherungsorgane im eigenen Namen, sie sind partei- und prozessfähig.

³⁾ Der Sozialversicherungsanstalt können weitere Aufgaben übertragen werden. Aufgabenübertragungen an die Ausgleichskasse und die IV-Stelle bedürfen der Zustimmung des Bundes.

Art. 3

Die Sozialversicherungsanstalt untersteht der Aufsicht des Bundes und seinen Weisungen, soweit sie nicht übertragene kantonale Aufgaben wahrnimmt. Bundesaufsicht

¹⁾ Anmerkung der Redaktionskommission: Die in diesem Erlass verwendeten Funktions- und Berufsbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter.

²⁾ B vom 16. Februar 1993, 42; GRP 1993/94, 183

³⁾ SR 831.20

Art. 4

Organe

¹ Die Organe der Sozialversicherungsanstalt sind:

- a) die Verwaltungskommission;
- b) die Direktion;
- c) die Revisionsstelle.

² Die Mitglieder der Verwaltungskommission und der Direktion sowie die Revisionsstelle werden von der Regierung gewählt.

Art. 5Verwaltungs-
kommission

¹ Die Sozialversicherungsanstalt steht unter der Aufsicht der Verwaltungskommission.

² Die Verwaltungskommission, in der die Beitragspflichtigen und Versicherten angemessen vertreten sind, besteht aus sieben Mitgliedern.

³ Präsident der Verwaltungskommission ist das für diesen Sachbereich zuständige Mitglied der Regierung; im übrigen konstituiert sich die Verwaltungskommission selbst.

Art. 6Aufgaben der
Verwaltungs-
kommission

Der Verwaltungskommission obliegen insbesondere:

- a) die Festlegung der Zuständigkeiten für die Regelung der Personalgeschäfte;
- b) die Bezeichnung der Aufgaben der AHV-Zweigstellen, sofern sie über die Mindestaufgaben gemäss Bundesrecht hinausgehen;
- c) die Festsetzung der Verwaltungskostenbeiträge und der Zuschüsse an die AHV-Zweigstelle;
- d) die Genehmigung von Jahresrechnungen und Jahresberichten;
- e) die Behandlung von Revisionsberichten.

Art. 7

Amtdauer

Die Amtdauer der Verwaltungskommission beträgt vier Jahre. Die Mitglieder sind wieder wählbar.

Art. 8

Direktion

¹ Die Sozialversicherungsanstalt wird von einem Direktor geführt. Er bildet zusammen mit den Leitern der Ausgleichskasse und der IV-Stelle sowie dem Chef des Verwaltungsgeschäftes die Direktion. Die Regierung kann die Direktion erweitern und in dieser Personalunionen zulassen.

² Die Leiter der Ausgleichskasse und der IV-Stelle verkehren bei der Erfüllung ihrer Aufgaben als Versicherungsorgane direkt mit den Bundesbehörden.

³ Der Direktor nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verwaltungskommission teil. Die Teilnahme weiterer Mitglieder der Direktion richtet sich nach dem Reglement.

⁴ Im übrigen werden die Befugnisse und Pflichten der Direktion durch das Reglement geregelt.

Art. 9

Die Dienstverhältnisse richten sich nach der Verordnung über das Dienstverhältnis der Mitarbeiter des Kantons Graubünden. ¹⁾ Personal

Art. 10

Die im Rahmen der Verwaltung der Sozialversicherungsanstalt entstehenden Kosten werden anteilmässig auf die verschiedenen Versicherungsorgane aufgeteilt und wie folgt gedeckt: Verwaltungskosten

- a) für die Ausgleichskasse und die Zuschüsse an die Gemeindezweigestellen durch Beiträge gemäss bundesrechtlichen Vorschriften;
- b) für die IV-Stelle durch Kostenübernahme gemäss bundesrechtlichen Vorschriften;
- c) für die übertragenen Aufgaben durch Vergütung der Auftraggeber. Der Kanton ist nicht verpflichtet, allfällige Verwaltungskostendefizite der Sozialversicherungsanstalt zu übernehmen.

Art. 11

Der Kanton haftet unter Vorbehalt spezieller bundesrechtlicher Vorschriften nicht für die Verbindlichkeiten der Sozialversicherungsanstalt. Haftung des Kantons

Art. 12

¹ Wird der Kanton aufgrund spezieller bundesrechtlicher Vorschriften schadenersatzpflichtig, steht ihm der Rückgriff auf die Organe und Funktionäre der Sozialversicherungsanstalt oder der Gemeinde zu, die den Schaden verursacht haben. Rückgriffsrecht des Kantons

² Zur Deckung der Rückgriffsforderung haben die Sozialversicherungsanstalt und die Gemeinden genügende Sicherheiten zu leisten.

Art. 13

¹ Die politischen Gemeinden errichten Gemeindezweigestellen. Zweigestellen

² Die Verwaltungskommission kann die Schaffung gemeinsamer Zweigestellen für mehrere Gemeinden bewilligen.

¹⁾ BR 170.400

Art. 14

IV-Stelle

Die IV-Stelle errichtet mit Zustimmung des Bundes zum Vollzug ihrer Aufgaben Aussenstellen. Sie kann auch mit IV-Stellen anderer Kantone zusammenarbeiten.

II. Beiträge**Art. 15**

Erlass

An Stelle des dem Versicherten erlassenen Beitrages tritt der Mindestbeitrag.

III. Verwendung der Versichertennummer ¹⁾**Art. 15a ²⁾**

Versichertennummer

Die Regierung kann Behörden und weitere Stellen, die mit dem Vollzug von eidgenössischem, kantonalem oder kommunalen Recht betraut sind, zur systematischen Verwendung der Versichertennummer gemäss übergeordnetem Recht³⁾ berechtigen und verpflichten.

IV. Schlussbestimmungen ⁴⁾**Art. 16**

Änderung von Erlassen

Durch dieses Gesetz werden folgende Bestimmungen geändert:

- a) Gesetz über die Familienzulagen vom 26. Oktober 1958 ⁵⁾
Art. 13 Abs. 1:
Der Kanton errichtet unter der Bezeichnung «Familienausgleichskasse des Kantons Graubünden» eine kantonale Kasse als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit Sitz in Chur. Ihre Geschäftsführung wird der Sozialversicherungsanstalt des Kantons Graubünden übertragen.
- b) Gesetz über die Einführung und Finanzierung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern vom 27. September 1953 ⁶⁾

¹⁾ Einfügung gemäss Artikel 40 Ziffer 1 ERG, BR 171.200; am 1. Dezember 2010 in Kraft getreten.

²⁾ Einfügung gemäss Artikel 40 Ziffer 1 ERG, BR 171.200; am 1. Dezember 2010 in Kraft getreten.

³⁾ Art. 50c ff. AHVG; SR 831.10

⁴⁾ Neue Nummerierung als Folge der Einfügung von Ziffer III

⁵⁾ BR 548.100

⁶⁾ BR 910.700

Art. 1:

Mit dem Vollzug des Bundesgesetzes über die Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern wird die Sozialversicherungsanstalt des Kantons Graubünden beauftragt.

Art. 17

¹ Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes werden alle zu ihm in Widerspruch stehenden Bestimmungen aufgehoben, insbesondere:

- a) Gesetz über die Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 13. März 1949 ¹⁾;
- b) Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Invalidenversicherung vom 6. März 1960 ²⁾.

² Verweisen geltende Erlasse auf Bestimmungen, welche durch dieses Gesetz oder seine Anpassungs- und Ausführungserlasse aufgehoben werden, so finden die entsprechenden Bestimmungen dieses Gesetzes und der mit ihm erlassenen Verordnung Anwendung.

Art. 18

Der Grosse Rat erlässt die zum Vollzug notwendige Verordnung. ³⁾

Art. 19

Die Regierung setzt dieses Gesetz in Kraft. ⁴⁾

¹⁾ aRB 1381; BR 544.100

²⁾ AGS 1960, 114; BR 544.450

³⁾ BR 544.010

⁴⁾ Mit RB vom 5. Juli 1994 auf den 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt.